

FBP-TERMINE

FBP-Zbrenn im Café Oehri in Ruggell

RUGGELL – Die FBP-Ortsgruppe Ruggell veranstaltet vor den Gemeinderatswahlen heute Mittwoch, den 29. Januar um 15 Uhr im Café Oehri in Ruggell einen FBP-Zbrenn, wie in alten Zeiten. An diesem Anlass besteht die Gelegenheit, die Kandidatinnen und Kandidaten besser kennenzulernen und mit ihnen direkt ins Gespräch zu kommen. Wir freuen uns auf ein zahlreiches Erscheinen und auf interessante Diskussionen.
FBP-Ortsgruppe Ruggell

Wahlparty der FBP Vaduz

VADUZ – Die FBP-Ortsgruppe Vaduz lädt alle interessierten Einwohnerinnen und Einwohner zur Wahlparty 2003.
● Wann? Heute Mittwoch, den 29. Januar 2003 um 19.30 Uhr
● Wo? In der Hofkellerei
Neben einem Rückblick auf die intensiven und arbeitsreichen vergangenen Wochen und Monate werden Bürgermeisterkandidat Markus Verling und sein Kandidatenteam für den Gemeinderat nochmals ihre Ideen und ihren Weg für Vaduz aufzeigen. Im Rahmenprogramm gibt es neben einem tollen Wettbewerb einen Überraschungsshowblock. Für gute Stimmung ist gesorgt!
FBP-Ortsgruppe Vaduz

POLIZEIMELDUNGEN

Exhibitionist belästigte Kinder

ESCHEN – Am Montag, den 27. Januar gegen 17 Uhr waren zwei 12-jährige Schüler aus Eschen auf dem Nachhauseweg vom Schulzentrum Unterland via St. Martinsring, Sennereigässle, Resa Gässli und die Hohlagass in Richtung Schönbühl. Vom Sennereigässle folgte ihnen ein bislang unbekannter junger Mann, welcher die beiden Jungen schliesslich mitten in der Hohlagass ansprach und sich vor ihnen exhibitionierte. Die Situation erkannt, liefen die beiden Jungen davon. **Signalement des Mannes:** Mann, ca. 20 bis 25 Jahre, schlank, ca. 175 bis 180 cm gross, helle Hautfarbe, dunkelbraunes, kurzes, glattes Haar mit Gel frisiert, ovales Gesicht, sprach deutsch mit ausländischem und möglicherweise Schweizer Akzent, dunkelfarbene Jacke, dunkelgraue Hose und schwarze glänzende Halbschuhe. Die Landespolizei bittet um Hinweise unter Tel. Nr. 236 71 11. (lpfl)

125 JAHRE VOLKSBLATT

Ereignisse der letzten 125 Jahre

VERFASSUNGSUNTERRICHT IN DER SCHULE

MAUREN, 2. Mai 1925 – Die «L.N.» bringen einen kurzen Artikel über das Schulwesen in Nr. 25 und muntern auf, es möchte in der Schule die Verfassung fleissig behandelt werden und es wäre interessant, das Resultat dieser Neuerung zu vernehmen. Die Verfassung ist gewiss ein schönes Werk, doch ob man aus so jungen Köpfen schon Politiker machen soll, ist jedenfalls fraglich. Meistens verstehen die Schüler so hochgehende Themen schwer. Wir haben ein Beispiel von der letzten Schulprüfung in Mauren; dort fragte der Herr Regierungschef einen Schüler, welcher im letzten Schuljahre stand: Welches ist nach der Verfassung die vornehmste Aufgabe des Staates? Antwort vom Schüler Stanislaus: «Das Steuer-einziehen.»

Morgen: Sprechen Sie Neu-Deutsch?

«Nicht Aufgabe des Europarates»

Wie Österreichs Europarats-Delegationsleiter die Causa Liechtenstein beurteilt

STRASSBURG – Es spreche nicht von grosser Reife, «wenn man eine Debatte, die eigentlich innerhalb eines Landes geführt werden sollte, mit diesen Mitteln nach Aussen trägt»: das sagt der niederösterreichische ÖVP-Parlamentarier Dr. Michael Spindelegger, seines Zeichens österreichischer Europarats-Delegationsleiter und Vizepräsident des Politischen Ausschusses des Europarates.

• Martin Frommelt

Volksblatt: Was sagen Sie dazu, dass die Parlamentarische Versammlung die Dringlichkeitsdebatte zur liechtensteinischen Verfassung abgelehnt hat?

Michael Spindelegger: Aus meiner Sicht ist das die richtige Entscheidung. Der Europarat, welcher der Demokratie verpflichtet ist, hat nicht die Aufgabe, ein Volk wie Liechtenstein vor einer Volksabstimmung zu beeinflussen. Viel-

VOLKSENTSCHEID IST HÖCHSTE FORM

mehr ist es für mich die höchste Form von demokratischer Auseinandersetzung, dass letztlich eine Entscheidung unmittelbar durch das Volk selbst getroffen wird. Darum begrüsse ich es sehr, dass der Europarat sich in dieser Phase nicht durch eine Wortmeldung und ein Moralisieren einmischet.

Aber die Einmischung ist doch im Grunde genommen schon passiert?

Das ist richtig, und das haben auch jene zu verantworten, die den Europarat hier auf die Spur gesetzt haben, denn wenn man das ver-

VORGEHENSWEISE ZEUGT NICHT VON GROSSER REIFE

folgt, so kommt das ja aus Liechtenstein. Ich glaube auch nicht, dass es von grosser Reife spricht, wenn man eine Debatte, die eigentlich innerhalb eines Landes geführt werden sollte, mit diesen Mitteln nach Aussen trägt.

Sie haben gesagt nicht «in dieser Phase»: Gehen Sie davon aus, dass sich der Europarat zu einem späteren Zeitpunkt mit dieser Sache befassen müsste?

Nicht «müsste», aber wenn das beantragt wird, dann hat er sich damit zu befassen. Dann gilt aber die Grundregel, dass man überprüft, ob ein neuer Verfassungsent-

KEIN WIDERSPRUCH ZU PRINZIPIEN

wurf irgendwo mit den Prinzipien des Europarates im Widerspruch steht. Soweit ich das überblicken kann, ist das jedoch nicht der Fall, weil ja die Rechte, die der Fürst derzeit hat, eingeschränkt werden. Aber dies ist eine interessante juristische Diskussion, die man durchaus führen kann. Aber es darf nicht soweit kommen, dass sich der



«Der Europarat, welcher der Demokratie verpflichtet ist, hat nicht die Aufgabe, ein Volk wie Liechtenstein vor einer Volksabstimmung zu beeinflussen»: Michael Spindelegger, Vizepräsident des Politischen Ausschusses des Europarates.

Europarat in eine Angelegenheit einmischet, die das liechtensteinische Volk zu entscheiden hat.

Der Sozialist Andreas Gross, Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung, sagt, dass «die liechtensteinische Regierung massive Lobbying-Arbeit geleistet hat»: Was sagen Sie dazu?

Da spricht gerade der Richtige von Lobbying! Gerade der Herr Gross hat dies ja als einer der

LOBBYING: «GERADE DER RICHTIGE»

Betreiber so stark vorangetrieben, dass es hier eben fast zu einer Dringlichkeitsdebatte gekommen wäre. Daher kann man diesen Vorwurf wohl nicht so recht erheben.

Hat denn die andere Seite kein Lobing betrieben?

Na ganz sicher. Ich selber wurde auch von diesem Demokratie-Sekretariat angeschrieben, ob ich nicht ein Gespräch führe. Man hat auch mich versucht, für diese Argumente zu gewinnen.

Wie geht es denn jetzt weiter? Es gibt ja so etwas wie einen Bericht?

Es gab den Entwurf eines Berichtes, der allerdings gekoppelt war an die Dringlichkeitsdebatte. Da es jetzt jedoch keine Dringlich-

KEIN BERICHT

keitsdebatte gibt, gibt es auch keinen Bericht. Das bedeutet, dass jetzt jemand in einer Motion neuerlich beantragen müsste, dass der Europarat über diese Frage befindet. Es kann sein, dass das erfolgt. Bisher ist davon noch nichts zu sehen. Aber selbst wenn das der Fall ist, spricht nichts dagegen, über die Sache selbst zu sprechen, wenn man die Spielregeln einhält.

Sie sagen, dass es keinen Bericht gibt, das Demokratie-Sekretariat hat sich bereits gestern einige gegen die Fürsteninitiative gerichtete Auszüge aus dem Bericht zu Nutzen gemacht, um Stimmung zu machen...

Das halte ich für keine korrekte Vorgangsweise, denn ein Bericht existiert erst dann, wenn zumindest der Ausschuss darüber einen Entschluss gefasst hat. Dann steht er dem Plenum der Parlamentarischen Versammlung zur Verfügung.

Wenn aber der Berichterstatter zunächst selbst einmal einen Ent-

wurf macht und dieser Entwurf dann vor einer Verabschiedung nach Aussen getragen wird, so halte ich diese Vorgangsweise für sehr inkorrekt. Auf diese Weise wird der Eindruck erweckt, dass

SEHR INKORREKTE VORGEHENSWEISE

dies die Meinung des Europarates sei, und wie sich gezeigt hat, ist dem nicht so.

Kommt es im April zu dieser Debatte?

Wenn es einen Antrag dazu gibt und dieser eine gewisse Zahl von Unterstützung findet, dann wird das der Fall sein. Allerdings ist für mich dann eine ganz andere Voraussetzung gegeben. Dann nämlich gibt es einen Volksentscheid von Liechtenstein und damit eine ganz andere Grundlage und dann kann man durchaus darüber diskutieren, ob das vereinbar ist mit den Grundregeln des Europarates. Es spricht nichts dagegen, wenn man das dann in sachlicher Weise tut.

Die Fürsteninitiative wurde von nicht weniger als 37 Prozent der Bevölkerung unterzeichnet, damit besteht eine grosse Wahrscheinlichkeit, dass diese Initiative von der direkten Demokratie angenommen wird: Ist es dann nicht ein Widerspruch, wenn der Europarat, der ja gerade die Demokratie sehr hoch hält, später diesen Volksentscheid nicht respektieren würde?

Ich glaube nicht, dass das soweit kommt. Soweit ich das übersehen kann, würde diese neue Verfassung im Fall einer Annahme durch das liechtensteinische Volk den Prinzipien des Europarates nicht widersprechen. Wenn man das im Detail liest, dann werden ja die Rechte des Fürsten gegenüber der jetzt bestehenden Verfassung eigent-

DIE RECHTE DES FÜRSTEN WERDEN EINGESCHRÄNK

lich eingeschränkt. Daher kann ich mir auch nicht vorstellen, nachdem Liechtenstein ja mit der geltenden Verfassung Mitglied des Europarates geworden ist und es hier jetzt Einschränkungen gibt, dass hier jetzt ein Widerspruch zu den Grundregeln des Europarates gefunden werden kann.

Da müssen alle Beteiligten sagen, dass das sachlich diskutiert gehört, und wenn alle Grundlagen auf dem Tisch liegen, kann man auch eine politische Entscheidung darüber treffen.

ANZEIGE

Wir machen keine Wahlpropaganda...

Wir verkaufen Designermode zu verrückten Preisen!!

Ab heute kaufst du bei uns jedes Kleidungsstück für CHF 20.-, 50.- oder 100.- und keinen Rappen mehr.

modekult smlxl.bendern Eschnerstrasse 81, vis-à-vis Möbel Hasler